

Der Weltölmarkt im Zeichen des Golfkrieges .....	31
VR China: Ungewißheit über den künftigen Kurs überschattet auch die außenwirtschaftlichen Perspektiven .....	36
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 4·5/91

Berlin

31. Januar 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

## Der Weltölmarkt im Zeichen des Golfkrieges

*Durch den Einmarsch des Irak in das Emirat Kuwait am 2. August 1990 und das daraufhin von den Vereinten Nationen gegen den Aggressor verhängte Handelsembargo sind dem Weltölmarkt Rohölexporte in der Höhe von etwa 4 Mill. Faß pro Tag (b/d)<sup>1</sup> entzogen worden<sup>2</sup>. Dank entsprechender Produktionssteigerungen durch einige OPEC-Länder — vor allem durch Saudi-Arabien — konnten Versorgungsengpässe vermieden werden. Ende des vergangenen Jahres ist die Weltölnachfrage stark zurückgegangen, weil sich in einigen Industrieländern das Wirtschaftswachstum abschwächte und einige Entwicklungsländer aufgrund der bis Anfang Oktober sprunghaft gestiegenen Ölpreise ihre Ölimporte drosseln mußten. Die schon bei Ausbruch der Krise ausreichenden Lagerbestände konnten erhöht werden. Weitere Produktionssteigerungen sind kurzfristig — allerdings in geringerem Umfang — möglich. Da sich die übrigen OPEC-Länder nicht mit dem Irak verbündet haben, sondern im Gegenteil bereit sind, ihre Produktionskapazitäten kurzfristig voll auszuschöpfen und mittelfristig entsprechend dem Bedarf zu erweitern, wird die derzeitige Krise — vorausgesetzt der Konflikt bleibt begrenzt — kaum einen nachhaltigen Ölpreisschub bewirken, der die Energiepreise auf Jahre hinaus auf ein wesentlich höheres Niveau katapultiert, als wir es heute haben.*

### Entwicklungen in den achtziger Jahren

Ende der siebziger Jahre hatte die iranische Revolution eine zweite Ölpreiseskalation ausgelöst, die das Energiepreisniveau bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein auf ein hohes Niveau schleust hatte. Kennzeichnend für die damalige Situation waren eine hohe Kapazitätsauslastung der OPEC und eine hohe Importabhängigkeit der westlichen Industrieländer. Sogar die USA mußten damals erstmals etwa die Hälfte ihres Ölbedarfs durch Importe decken. Angesichts des Golfkrieges stellt sich die Frage, ob wir heute in einer ähnlichen Situation sind oder ob die drastischen Preissenkungen nach dem Beginn der militärischen Interventionen signalisieren, daß die Ölversorgungslage und die politischen Rahmenbedingungen heute wesentlich günstiger sind. Um diese Frage beantworten zu können, wird hier zunächst die Entwicklung des Ölmarktes in den achtziger Jahren analysiert.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre verlor die OPEC Marktanteile zugunsten von Produzenten in Gebieten mit höheren Produktionskosten, z. B. in der Nordsee, in den USA und in Lateinamerika. Sie mußte ihre Rohölgewinnung im Zeitraum von 1980 bis 1985 von 28 auf 15 Mill. Faß pro Tag senken. Auch die Ölgewinnungskapazitäten der OPEC, die im Jahr 1980 noch knapp 40 Mill. Faß pro Tag betragen hatten, nahmen ab, und zwar auf etwa 27 Mill. Faß pro Tag im Jahr 1989. Wegen der hohen Ölreserven einiger OPEC-Länder können sie aber durch entsprechende Investitionen jederzeit wieder deutlich erhöht werden.

Nach dem Ölpreisverfall im Jahr 1986 nahm der Ölverbrauch weltweit verstärkt zu. Die Ölgewinnung in Hochko-

<sup>1</sup> Ein Faß bzw. Barrel entspricht 159 Liter.

<sup>2</sup> Vgl. Weltölmarkt im Zeichen der Golfkrise. Bearb.: Manfred Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/1990, S. 535.

Gewinnung, Verbrauch und Import von Öl nach Regionen  
in Mill. Faß pro Tag

	Gewinnung			Verbrauch			Import		
	1980	1985	1989	1980	1985	1989	1980	1985	1989
Nordamerika	11,9	12,4	10,9	18,3	16,7	18,2	7,4	5,3	8,5
Lateinamerika	5,9	6,7	7,0	4,6	4,6	5,3	2,9	1,8	1,2
Westeuropa	2,5	4,0	4,0	13,6	11,9	12,5	11,8	8,4	9,4
UdSSR, Osteuropa <sup>1)</sup> , China	14,8	12,6	12,9	11,4	11,1	11,0	0,4	0,6	1,3
Mittlerer Osten	18,8	10,9	16,6	2,0	2,7	2,9	0,3	0,2	0,1
Afrika	6,2	5,4	5,9	1,5	1,7	1,8	0,7	0,6	0,7
Asien, Australien, Neuseeland	4,9	5,8	6,3	10,7	10,4	13,0	8,0	6,9	8,3
Welt insgesamt	65,8	57,7	63,6	62,1	59,1	64,7	31,9 <sup>2)</sup>	24,1 <sup>2)</sup>	30,3 <sup>2)</sup>

Abweichungen zwischen Einzel- und Summenwerten sind rundungsbedingt. — 1) Einschließlich der ehemaligen DDR. —  
2) Einschließlich Importe, die regional nicht zugeordnet werden können.  
Quelle: BP Statistical Review of World Energy. London, June 1990.

stengebieten konnte kaum noch erhöht werden; in den USA ging sie sogar deutlich zurück (vgl. Tabelle). Die zusätzliche Nachfrage wurde vor allem durch die OPEC-Länder gedeckt. Ihre Rohölgewinnung stieg im Jahr 1988 auf durchschnittlich 19,6 Mill. Faß pro Tag. Damit waren die damals verfügbaren Gewinnungskapazitäten der OPEC erst zu gut 70 vH ausgelastet<sup>3</sup>. Im Jahr 1989 wurde die Produktion nochmals gesteigert, und zwar bis auf 23,8 Mill. Faß pro Tag im Dezember. Kurz vor Ausbruch der Golfkrise lag die Ölgewinnung der OPEC bei 23 Mill. Faß pro Tag. Damit wurden die verfügbaren Produktionskapazitäten erstmals seit Anfang der achtziger Jahre wieder zu über 80 vH ausgelastet. Im Unterschied zur Situation vor der zweiten Ölpreiskrise wurde aber das tatsächliche Produktionspotential der OPEC, das nach wie vor deutlich über 30 Mill. Faß pro Tag liegt, weit weniger ausgeschöpft.

**Preisstabilisierung durch die OPEC erfolglos**

Die Rohölgewinnung der OPEC-Länder wurde stärker erhöht als dies — nach mehreren Anhebungen der Quoten im Laufe des Jahres 1989 — vereinbart worden war. Insbesondere Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate steigerten ihre Ölgewinnung erheblich. Im März 1990 nahmen erstmals auch Vertreter von Förderländern, die nicht der OPEC angehören, an einem Expertentreffen der OPEC in Oman teil. Da dieses Treffen ohne erkennbares Ergebnis blieb, sanken die Rohölpreise, die sich im dritten Quartal 1989 bei etwa 17 Dollar je Faß eingependelt hatten, wieder auf unter 16 Dollar je Faß. Anfang Mai beschloß die OPEC in Genf, die Erdölgewinnung sofort zu senken, und zwar (von 23,8 Mill. Faß pro Tag im April) bis Ende Juli um 1,445 Mill. Faß pro Tag<sup>4</sup>. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht. Nach einem

nur leichten, saisonal bedingten Rückgang der Produktion im Mai und im Juni sank der Durchschnittspreis für OPEC-Rohöl (OPEC „Basket“) im Juni auf 14 Dollar je Faß<sup>5</sup>. Die Produktion stieg bereits im Juli erneut, und zwar aufgrund der Produktionssteigerungen im Irak und in Kuwait (jeweils 200 000 Faß pro Tag von Juni auf Juli) sowie in Indonesien (30 000 Faß pro Tag)<sup>6</sup>.

**Irakische Drohungen verunsichern die Märkte**

Im Juli 1990 drohte der Irak mit militärischen Maßnahmen, falls seine Forderung nach einer Reduktion der Rohölförderung der Golf-Staaten und einer Erhöhung des OPEC-Richtpreises auf 25 Dollar je Faß nicht erfüllt würde<sup>7</sup>. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf die benachbarten Golfstaaten. Die Vereinigten Arabischen Emirate waren daraufhin bereit, eine Kürzung ihrer bisherigen Produktionsquoten hinzunehmen, und Kuwait verzichtete auf die bis dahin geforderte Erhöhung seiner Förderquote. Beide Staaten stornierten sogar bereits abgeschlossene Lieferverträge<sup>8</sup>. Andere, weiter entfernte OPEC-Länder wie Venezuela widersetzten sich zwar verbal stärker den irakischen Forderungen, waren aber

<sup>3</sup> Michael A. Olorunfemi: Future Oil Supplies, S. 275 bis 294, in: OPEC Review, Vol. XIV, No. 3, Autumn 1990.

<sup>4</sup> Keith Marchant: OPEC In the Third Decade: Coping With the Glut. S. 225 bis 274), in: OPEC-Review, Vol. XIV, No. 3, Autumn 1990.

<sup>5</sup> Keith Marchant, a.a.O., S. 269.

<sup>6</sup> Petroleum Intelligence Weekly (PIW), August 6, 1990, S.9.

<sup>7</sup> PIW, Juli 30, 1990, S. 1 u. S. 4: Iraqi Strategy Turns OPEC Towards Higher Prices.

<sup>8</sup> PIW, August 6, 1990, S. 1 f. u. S. 9: Iraqi Surge Sends OPEC Output Back Up in July.

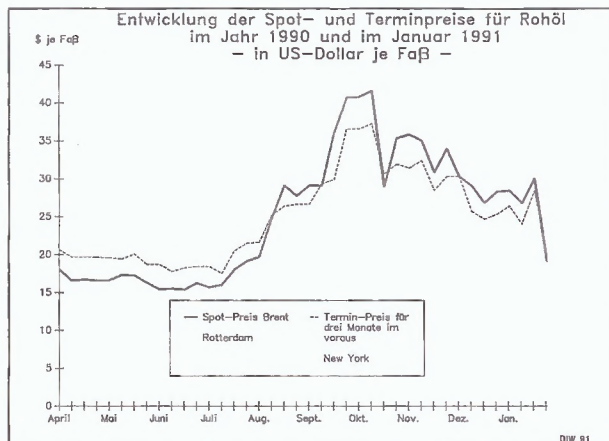
ebenfalls zur Reduktion ihrer Förderung bereit. Am 27. Juli einigte sich die OPEC in Genf darauf, den Referenzpreis für OPEC-Rohöl von 18 auf 21 Dollar je Faß zu erhöhen und die Rohölgewinnung im August um 1,1 Mill. Faß pro Tag auf 22,5 Mill. Faß pro Tag zu senken.

Die Drohungen Iraks lösten im Juli einen Anstieg der Durchschnittspreise für OPEC-Rohöl auf über 17 Dollar je Faß aus. Darin spiegelte sich vor allem die Befürchtung wider, daß es dem Irak gelingen könnte, aufgrund seiner starken militärischen Position eine Wende in der Ölpolitik seiner arabischen Nachbarn herbeizuführen und durch Produktionsbeschränkungen Preissteigerungen zu bewirken.

### Ausgefallene Lieferungen voll ersetzt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat auf den Einmarsch des Irak in das Emirat Kuwait mit einem Handelsembargo gegen Irak (und das besetzte Kuwait) reagiert. Dadurch sind seit August 1990 etwa 4 Mill. Faß pro Tag Ölexporte ausgefallen. Die Rohölgewinnung der OPEC ging im August auf etwa 20 Mill. Faß pro Tag zurück, davon entfielen vermutlich noch 1 Mill. Faß auf den Irak und nur noch 0,1 Mill. Faß auf Kuwait<sup>9</sup>. Da sich ein Teil der Juli-Produktion dieser beiden Länder zu Beginn des UN-Boikotts bereits auf dem Seeweg befand, wirkte sich dies allerdings erst mit einer Verzögerung von bis zu sechs Wochen in entsprechenden Lieferausfällen aus. Dennoch zog der Spotpreis für OPEC-Rohöl innerhalb weniger Tage nach Ausrufung des UN-Boikotts auf 25 Dollar je Faß an und erreichte Ende August bereits 30 Dollar je Faß. Der Preis für britisches Brent-Rohöl stieg bis zu diesem Zeitpunkt auf über 31 Dollar je Faß. Im Oktober spitzte sich der Golfkonflikt so zu, daß die Kriegsfurcht alle anderen Faktoren überlagerte und der Preis für Brent-Rohöl Anfang Oktober die Marke von 40 Dollar je Faß kurzfristig überschritt. Die Preisausschläge auf den Terminmärkten waren etwas geringer (vgl. Bild).

Da die Ölgewinnungskapazitäten außerhalb der OPEC voll ausgelastet sind und die Ölexporte der Sowjetunion eher weiter sinken werden, können die ausgefallenen Lieferungen aus Irak und Kuwait nur mit Hilfe der übrigen OPEC-Staaten ersetzt werden. Die hierfür kurzfristig mobilisierbaren Produktionskapazitäten waren auch ausreichend — sie wurden zunächst auf 4,2 bis 5,3 Mill. Faß pro Tag geschätzt. Etwa die Hälfte dieser Zusatzkapazitäten entfielen allerdings auf Saudi-Arabien<sup>10</sup>, das durch den Einmarsch des Irak in das Emirat Kuwait unmittelbar militärisch bedroht war. Nur dadurch, daß die USA zusammen mit europäischen und arabischen Staaten Truppen nach Saudi-Arabien entsandt hatten, war dieser Staat auch politisch in der Lage, dieses Potential — beginnend im September — voll auszuschöpfen. Die Rohölgewinnung in Saudi-Arabien war von 5,3 Mill. Faß pro Tag im Juli auf 7,5 Mill. Faß pro Tag im September gestiegen



und hat im Dezember etwa 8,3 Mill. Faß pro Tag erreicht. Erheblich gesteigert haben ihre Produktion auch Iran, Venezuela, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate und Nigeria. Insgesamt konnte die OPEC ohne Irak und Kuwait die Rohölförderung im Dezember auf 23,2 Mill. Faß pro Tag erhöhen, das waren etwa 2 Mill. Faß pro Tag mehr, als die vor der Golfkrise geschätzte Produktionskapazität dieser Länder. Damit wurde Ende 1990 etwa wieder das Produktionsniveau erreicht, das die OPEC im Juli des gleichen Jahres hatte. Weitere Produktionssteigerungen sind in geringem Umfang möglich<sup>11</sup>.

### Nachfrage erheblich schwächer als erwartet

Noch im Sommer 1990 war die weltweite Ölnachfrage stark gestiegen. Obwohl die Internationale Energieagentur (IEA) bereits kurz nach Ausbruch der Golfkrise mit einer gewissen Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs in einigen Ländern rechnete, erwartete sie zunächst, daß der Ölverbrauch der OECD-Länder im dritten und vierten Quartal des vergangenen Jahres selbst bei preisinduzierten Nachfrageeinschränkungen um 0,5 Mill. Faß pro Tag von etwa 37 Mill. Faß pro Tag im Juli<sup>12</sup> auf zuletzt 39 Mill. Faß pro Tag steigen würde. Auch für die ehemaligen Ostblockstaaten und für die übrigen Länder wurde ein geringfügiger Verbrauchsanstieg erwartet<sup>13</sup>.

Tatsächlich kam es aber Ende 1990 zu einem starken Rückgang des Ölabsatzes. Nach einem Zuwachs im August, der zunächst als Zeichen für eine anhaltende Verbrauchsdynamik gewertet wurde, aber, wohl primär auf

<sup>9</sup> PIW, October 4, 1990, S.10: World Production Profile.

<sup>10</sup> Vgl. Weltölmarkt im Zeichen der Golfkrise. Bearb.: Manfred Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/1990, S. 535.

<sup>11</sup> PIW, January 7, 1991, S. 1: Saudi-Output Gains Push OPEC over 23,6 Million BID.

<sup>12</sup> PIW, November 1990: Global Oil Stocks & Balances, S. 3.

<sup>13</sup> Oil and Gas Journal, Sept. 10, 1990: IEA Sees Early 4th Quarter Oil Market Balance.

Bestandsaufstockungen zurückzuführen war, ging der Ölabsatz bereits im September um über 2 Mill. Faß pro Tag zurück<sup>14</sup>. Im November dürfte sich dieser Rückgang fortgesetzt haben. Allein die Ölnachfrage der OECD-Länder lag im vierten Quartal 1990 um mindestens 2 Mill. Faß pro Tag unter den von der IEA nach Ausbruch der Golfkrise geschätzten Werten<sup>15</sup>. Mildes Weiter, eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die Substitution von schwerem Heizöl durch andere Energieträger haben weltweit zu dieser Entwicklung beigetragen. Zum Rückgang des Ölverbrauchs in den westlichen Industrieländern kam im November eine abrupte Verlangsamung des Verbrauchsanstiegs in den Entwicklungsländern hinzu<sup>16</sup>, die überwiegend preisinduziert gewesen sein dürfte.

### Ölvorräte gestiegen

Bereits im September übertraf die Ölgewinnung den Verbrauch so stark, daß die Bestände wieder zunahmen. Seit November wurden die Bestände nochmals spürbar aufgestockt. Die globalen kommerziellen Ölbestände wurden für Ende November auf 4,57 Mrd. Faß veranschlagt, das waren 200 Mill. Faß mehr als im Juli<sup>17</sup>. Im Januar 1991 haben die Ölvorräte in den OECD-Ländern mit 3,44 Mrd. Faß bzw. 469 Mill. t den höchsten Stand seit 1983 erreicht. Diese Vorräte würden ausreichen, um den gesamten Ölbedarf der OECD für 96 Tage zu decken. Ein Ausfall der durch irakische Angriffe gefährdeten Produktion in der Neutralen Zone zwischen Kuwait und Saudi-Arabien und im Grenzgebiet Saudi-Arabiens zu Kuwait — etwa 2 bis 2,5 Mill. Faß pro Tag — könnte damit fast fünf Jahre ersetzt werden. Wenn die Produktionsausfälle mengenmäßig und zeitlich wie erwartet begrenzt werden können und der Verbrauch stagniert, ist ein erheblicher Bestandsabbau zunächst nicht notwendig.

### Reaktionen der Verbraucherländer

Im Unterschied zu den beiden Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren verfolgt die OPEC in der derzeitigen Golfkrise nicht das Ziel, eine anhaltend starke Preissteigerung für Rohöl durchzusetzen. Sie ist vielmehr bemüht, die wegen des UN-Boykotts gegen Irak und Kuwait fehlenden Rohölmengen durch Produktionssteigerungen in anderen Ländern auszugleichen. Die westlichen Industriestaaten sind der Aufforderung einiger OPEC-Länder nicht nachgekommen, zum Marktausgleich durch die Freigabe eines Teils der strategischen Ölreserven beizutragen. Über große Ölbestände verfügen insbesondere die USA, Japan und Deutschland. Die Vorräte in einer Reihe von anderen Ländern, z.B. in Frankreich, Großbritannien und in der Türkei, bleiben dagegen hinter den vereinbarten gesetzlichen Anforderungen (meist eine Ölmenge, die dem Verbrauch von 90 Tagen entspricht) zu-

rück. Die ungleiche Verteilung der Vorräte und die nationale Kontrolle über die strategischen Reserven machen ihre Nutzung als Instrument zur Markt- und Preisbeeinflussung schwierig.

Insbesondere die deutsche Regierung hat sich zunächst gegen die Freigabe von Ölreserven ausgesprochen mit dem Argument, daß diese Reserven ausschließlich der Überbrückung mengenmäßiger Versorgungslücken und nicht der Preisbeeinflussung dienen sollten. Nach den Vereinbarungen im Rahmen der IEA ist es aber auch möglich, schon bei absehbaren oder wahrscheinlichen Versorgungsstörungen vorsorglich Maßnahmen zu ergreifen. Die IEA hat sich dazu erst bereit erklärt, als ein militärischer Konflikt im Golf unvermeidlich zu werden schien. Der „Governing Board“ der Internationalen Energieagentur hat am 11. Januar 1991 einen koordinierten Notfallplan beschlossen, der durch ein Bündel von in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Maßnahmen zur Freisetzung von 2,5 Mill. Faß Öl pro Tag führen sollte. Dadurch sollten mögliche kurzfristige Lieferstörungen nach Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen im Golf ausgeglichen werden. Die Bundesrepublik Deutschland wird dazu hauptsächlich durch den Verkauf von knapp 5 Mill. Faß Mineralölprodukten (650 000 Tonnen) aus der strategischen Reserve, und zwar zu „Marktkonditionen“, beitragen. Der Erdölbevorratungsverband, der diese Bestände anlegt und verwaltet, verfügt zur Zeit über knapp 300 Mill. Faß Mineralöl. Damit könnte ein vollständiger Ausfall der Importe für 130 Tage ausgeglichen werden. Die Ankündigung einer Freigabe strategischer Reserven dürfte die bereits eingetretene Beruhigung bei den Verbrauchern und Händlern stabilisieren. Inwieweit dieses Öl angesichts der hohen privaten Lagerbestände überhaupt abgesetzt werden kann, ist allerdings zur Zeit ungewiß. Sollten die Ölpreise weiter niedrig bleiben, wäre es wenig sinnvoll, diesen Beschluß umzusetzen.

Preisdämpfend dürfte in absehbarer Zeit auch wirken, daß viele Ölförderländer in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Ölgewinnung kurzfristig zu erhöhen. Es ist allerdings nicht bekannt, wie lange diese Produktionssteigerungen durchgehalten werden können, d. h. wie stark die Produktionskapazitäten tatsächlich nachhaltig erhöht worden sind. Nach Kriegsende könnte ein Überangebot dadurch entstehen, daß sowohl Irak als auch Kuwait dringend Erlöse aus dem Export von Mineralöl benötigen, um den Wiederaufbau ihrer Länder finanzieren zu können.

<sup>14</sup> PIW, November 1990: Global Oil Stocks & Balances.

<sup>15</sup> Oil and Gas Journal, Oct. 8, 1990, S. 28: IEA Supply and Demand Outlook, und: PIW, November 1990, Global Oil Stocks & Balances.

<sup>16</sup> PIW, December 24, 1990, S. 1 f.

<sup>17</sup> PIW, December 24, 1990, S. 1 f, und: PIW Nov. 1990, Global Oil Stocks Balances.

## Energiepolitische Konsequenzen

Die derzeitige Golfkrise brach zu einem Zeitpunkt aus, in dem die Situation auf dem Ölmarkt in gewisser Beziehung der Ende der siebziger Jahre ähnelte. Dies gilt vor allem in Hinblick auf die inzwischen wieder hohe Ausnutzung der bestehenden Ölgewinnungskapazitäten der OPEC-Länder sowie die wieder stark gestiegene Importabhängigkeit der USA. In längerfristiger Perspektive ist die Ölversorgung für die westlichen Industriestaaten heute sogar problematischer als damals, weil diesmal keine Ölprovinzen vorhanden sind, in denen die Ölgewinnung — wie in den siebziger Jahren in der Nordsee — noch beträchtlich gesteigert werden könnte. Vielmehr wird die Ölgewinnung in den OECD-Ländern insgesamt aufgrund von Produktionsrückgängen in den USA und der Nordsee sinken. Gleichzeitig werden die Ölexporte der Sowjetunion wahrscheinlich weiter zurückgehen und die Entwicklungsländer (ohne OPEC) ihre Produktion vermutlich nur begrenzt steigern können<sup>18</sup>. Der künftige globale Ölverbrauchsanstieg wird daher im wesentlichen von den OPEC-Ländern gedeckt werden müssen.

Insbesondere Länder mit hohen Reserven — wie Saudi-Arabien und die übrigen Golf-Staaten — sind zu einer erheblichen Steigerung ihrer Ölgewinnung auch in der Lage. Nach den Erfahrungen des Preisverfalls im Jahr 1986 können auch die bevölkerungsreichen OPEC-Länder, die über geringere Reserven verfügen, nicht an extremen Preisausschlägen interessiert sein.

Solche Überlegungen haben vermutlich dazu beigetragen, daß die OPEC, deren Mitgliedsländer vor Ausbruch der Golfkrise eine Ausweitung ihrer Ölgewinnungskapazitäten bis zum Jahr 2000 auf insgesamt 35 Mill. Faß pro Tag planten, in der derzeitigen Krise die ausgefallenen Lieferungen aus Irak und Kuwait ersetzt. Diese Haltung der OPEC und die Tatsache, daß vor allem Saudi-Arabien durch die Alliierten in die Lage versetzt wird, seine eigenständige Ölpolitik fortzusetzen, macht eine anhaltende drastische Ölverteuerung wie in den siebziger Jahren eher unwahrscheinlich.

Dennoch dürfte der Golfkrieg zu einer Überprüfung der Energiepolitik in den westlichen Industriestaaten führen. Sollte der Krieg länger dauern und es in absehbarer Zeit nicht gelingen, eine Friedensordnung im Nahen Osten zu schaffen, werden die westlichen Industriestaaten ihre Be-

mühungen um Energieeinsparungen, die unter Umweltgesichtspunkten ohnehin forciert werden müssen, und um eine Diversifizierung der Energieversorgung verstärken. Die USA dürften die inländische Ölgewinnung wieder stärker fördern.

In jedem Fall stellt sich die Frage, ob sich das bisherige Kriseninstrumentarium als ausreichend flexibel erwiesen hat und wie das Verhältnis zu den OPEC-Ländern künftig gestaltet werden soll.

Für die Bewältigung von Versorgungskrisen ist nach der ersten Ölkrise in den siebziger Jahren die IEA aufgebaut worden. Der Krisenmechanismus dieser Agentur kann von jedem Mitgliedsstaat in Gang gesetzt werden, wenn mindestens 7 vH seiner Importe ausfallen. Wenn sich die Mitgliedsstaaten darauf verständigen, kann allerdings auch schon eingegriffen werden, wenn solche Versorgungsstörungen erst drohen. Von dieser Möglichkeit ist bei der Entscheidung vom 11. Januar 1991 Gebrauch gemacht worden. Wie die zweite Ölpreiskrise Ende der siebziger Jahre gezeigt hat, können bereits kleinere Versorgungsstörungen zu starken Ölpreissteigerungen führen, so daß sich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern vermindert und sich die ökonomischen und sozialen Krisen in ölimportabhängigen Entwicklungsländern verschärfen. Die Märkte reagieren bereits auf erwartete Versorgungsstörungen mit erheblichen Preisaufschlägen. Mengenmäßige Versorgungsstörungen müssen daher in einer Krisensituation, in der nach und nach Versorgungsquellen ausfallen oder die politische Konfrontation eskaliert, nicht unbedingt auftreten, um die Voraussetzungen für eine „automatische“ Auslösung des Krisenmechanismus zu erfüllen. Das derzeitige Krisensystem dürfte daher in der Regel erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der Krise eingesetzt werden.

Da sich die OPEC in der derzeitigen Krisensituation zu einer weltweiten Versorgungspflicht bekannt und damit die Preiseskalation begrenzt hat, wird sie von den westlichen Industrieländern mit Recht erwarten, daß diese nun ihrerseits helfen, einem dramatischen Fall der Ölpreise entgegenzuwirken. Ein verstärkter Dialog zwischen den Ölförderländern und den Verbraucherländern ist jedenfalls unabweisbar, weil sonst neue Konfrontationen programmiert sind.

---

<sup>18</sup> Vgl. Olorunfemi, a.a.o., S. 289.

## VR China: Ungewißheit über den künftigen Kurs überschattet auch die außenwirtschaftlichen Perspektiven

*Der 8. Fünfjahrplan (1991/95) der VR China ist bisher nicht in Kraft gesetzt worden. Seit 1988 wird er in verschiedenen Gremien der Wirtschafts- und Parteiverwaltung konzipiert und in Teilbereichen durch wissenschaftliche Expertisen untermauert. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger konnten sich bisher jedoch nicht über den künftigen Kurs und wichtige Eckdaten der wirtschaftlichen Zielvorgaben einigen. Das erweiterte ZK-Plenum ging nach Beratungen Ende Dezember 1990 ohne klaren Beschluß<sup>1</sup> über den bisher nicht veröffentlichten Planentwurf auseinander; zur Zeit ist ungewiß, ob das Zentralkomitee vor der für März/April 1991 geplanten Sitzung des Nationalen Volkskongresses, des chinesischen Parlaments, den Planentwurf nochmals berät. Mit der Ungewißheit über den neuen Plan bleibt auch offen, inwieweit die Außenwirtschaft ihre bisherigen Prioritäten und Freiräume behalten wird.*

### Nur schwaches Wachstum 1990

Die Ergebnisse des 7. Fünfjahrplans (1986/90) werden seit Wochen in der chinesischen Presse als großer Erfolg der Wirtschaftspolitik und der Reformen gefeiert. Aber erfolgreich waren eher die Anfangsjahre. Das für die Gesamtperiode angestrebte Wachstum des Bruttosozialprodukts um durchschnittlich 7,5 vH wurde nur dank der hohen Wachstumsraten in den ersten drei Jahren gerade erfüllt. Vom Spätherbst 1989 an stagnierte die Wirtschaftstätigkeit und kam erst im Verlauf des Sommers 1990 wieder in Gang. Vor allem im 4. Quartal 1990 scheint sich die Wirtschaftsentwicklung — wie fast immer zum Ende einer Planperiode — deutlich beschleunigt zu haben. Der Anstieg der Einzelhandelspreise konnte stark gebremst werden. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird auf real 4,4 vH geschätzt, nach 3,6 vH im Vorjahr<sup>2</sup>.

Auch die Industrieproduktion erholte sich erst um die Jahresmitte und erreichte mit rund 6 vH gerade das Jahresziel 1990, nach 8 vH 1989 und 21 vH 1988. Wie in den Jahren davor wuchs die Produktion in den Kollektivbetrieben 1990 mehr als doppelt und in den privaten ländlichen Betrieben mit 12,5 vH rund vier mal so schnell wie in den staatlichen Unternehmen, obwohl seit Ende 1988 mehr als zwei Millionen ländliche Industriebetriebe und rund 25 000 Investitionsprojekte in diesem Bereich geschlossen bzw. gestoppt worden waren. Die (überwiegend) staatliche Schwerindustrie steigerte die Produktion nur um 4,6 vH, die Leichtindustrie erzielte einen Anstieg um 7,4 vH.

Immer stärker prägt sich die regionale Differenzierung des Wachstums aus. Während die nordöstlichen Provinzen (Heilongjiang, Jilin und Liaoning) mit ihrem hohen Anteil staatlicher Schwerindustrie 1990 nicht einmal einen Zuwachs von 1 vH erzielten, stieg die Industrieproduktion in den durch einen hohen Anteil von Unternehmen mit Auslandskooperation geprägten Küstenprovinzen (Jiangsu, Fujian, Shandong, Hainan und Guangdong) um gut 9 bis knapp 17 vH<sup>3</sup>. Die Strukturprobleme zwischen den dynamischen Küstengebieten und dem stagnierenden Hinterland haben sich damit weiter verschärft.

In der Landwirtschaft, wo von 1989 an gezielte Hilfen wirksam wurden und Tendenzen zur Rekollektivierung anscheinend abgewehrt werden konnten<sup>4</sup>, wird das Produktionsergebnis — auch dank einer insgesamt günstigen Witterung — auf knapp 5 vH geschätzt, einen halben Punkt mehr als im Vorjahr. Bei Getreide gab es das bisher höchste Ergebnis in der Volksrepublik.

Nachdem die Behörden von Herbst 1988 an die Finanzierungsbedingungen schrittweise drastisch verschärft hatten, blieben die Investitionen 1990 mit einem Zuwachs von 7,7 vH um mehr als die Hälfte unter dem Expansions-tempo, das im Durchschnitt für die Planperiode vorgesehen war; sie wurden hauptsächlich für die Modernisierung von Exportbetrieben und landwirtschaftlichen Einrichtungen sowie für die Energieversorgung, das Transportwesen und die Rohstoffwirtschaft eingesetzt. Mit Hilfe dieser rund eineinhalb Jahre durchgehaltenen Nachfragedrosselung, zusätzlichen Preiskontrollen und administrativen Eingriffen bei der Verteilung knapper Rohstoffe gelang es, auf der Einzelhandelsstufe den Preisanstieg auf unter 3 vH zu drücken, nachdem er im Jahr zuvor noch bei 18 vH gelegen und Anfang 1989 sogar 30 vH erreicht hatte.

Diese rigorose Austerity-Politik hat in der gesamten Volkswirtschaft tiefe Bremsspuren hinterlassen. Viele Betriebe gerieten in finanzielle Schwierigkeiten, der Anteil der staatlichen Unternehmen, die mit Verlust arbeiteten, erhöhte sich auf über 60 vH. Die Arbeitsproduktivität verringerte sich, Betriebe mußten schließen, und die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten verdoppelte sich im Verlauf eines Jahres. Die Wanderungsbewegung in die Küstengebiete bzw. in landwirtschaftlich besser versorgte

<sup>1</sup> In Renmin Ribao, Volkszeitung vom 31.12.1990.

<sup>2</sup> Die im Erfüllungsbericht für 1989 genannte Zahl von 3,9 vH wurde später auf 3,6 vH revidiert. Vgl. Zhongguo tongji nianjian 1990 (Statistisches Jahrbuch Chinas 1990), Beijing 1990, S. 24. Für 1988 wurde ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 10,8 vH ausgewiesen.

<sup>3</sup> Nach einzelnen Angaben in der chinesischen Presse.

<sup>4</sup> Eine Fachkonferenz des ZK zu Agrarfragen, auf der dieses Thema diskutiert werden sollte, wurde im Dezember 1990 abgesagt.

Daten zur Außenwirtschaft der VR China

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Ausfuhr	Mrd. US-\$	18,27	22,01	22,32	22,23	26,14	27,35	30,94	39,44	47,54	52,49	62,07
Einfuhr	Mrd. US-\$	19,55	22,01	19,28	21,39	27,41	42,25	42,91	43,21	55,27	59,14	53,96
Saldo der Handelsbilanz <sup>1)</sup>	Mrd. US-\$	-1,28	—	3,04	0,84	-1,27	-14,90	-11,97	-3,77	-7,75	-6,65	8,11
Saldo der Leistungsbilanz <sup>2)</sup>	Mrd. US-\$	-3,16	1,35	5,82	4,49	2,51	-11,42	-7,03	0,30	-3,80	-4,32	3,25
Währungsreserven <sup>3)</sup>	Mrd. US-\$	2,54	5,01	11,35	14,98	17,37	12,72	11,45	16,30	18,54	17,96	26,12
Verschuldung, brutto ges. <sup>4)</sup>	Mrd. US-\$	4,50	5,80	8,36	9,61	12,08	16,72	23,75	35,30	42,41	44,86	45,86
davon kurzfristig	Mrd. US-\$	—	—	2,30	3,98	5,60	6,42	6,08	8,22	8,81	6,91	7,81
Schuldendienst <sup>5)</sup>	Mrd. US-\$	0,93	1,72	2,12	2,69	2,28	2,48	2,97	3,81	4,63	5,68	6,38
Schuldendienstquote <sup>6)</sup>	vH	4,6	4,6	8,1	10,1	7,4	7,8	8,4	8,6	8,6	9,8	9,9
Guthaben im IBS <sup>7)</sup>	Mrd. US-\$	2,53	4,97	7,86	9,35	18,53	11,95	11,27	16,97	22,18	23,40	31,88
Verbindlichkeiten u. Forderungen gegenüber Kreditinstituten in der Bundesrepublik Deutschland												
Verbindlichkeiten	Mill. DM	..	..	..	956	941	1 236	1 204	1 548	2 096	2 422	2 624
Forderungen	Mill. DM	..	..	..	446	669	339	155	196	331	447	584

1) Nach Angaben der Zollstatistik, Werte für 1990 vorläufig. — 2) Nach Angaben der Chinesischen Volksbank; für 1990 geschätzt. — 3) Nach Angaben des IMF, für 1990 per 30.8.1990. — 4) Nach Angaben der Chinesischen Volksbank, der Weltbank in World Debt Tables, sowie Meldungen aus der Presse. — 5) Zins- und Tilgungsleistungen zusammengenommen. — 6) Schuldendienst im Verhältnis zum Export von Gütern und Dienstleistungen, für 1990 geschätzt. — 7) Interbanksystem, Berichtssystem der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel. Angabe für 1990 per 30. 6. Von den Währungsreserven lagen zu diesem Stichtag 13,52 Mrd. US-\$ bei der Bank of China. — .. = keine Angabe in der Quelle.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1990, Guojia tongji ju (Statistisches Jahrbuch Chinas 1990, Staatliches Statistisches Büro), Beijing 1990; China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, 1983/1990; UN, World Debt Tables, vol.2, November 1990; IMF, International Financial Statistics, Monatshefte; BIZ, Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der Internationalen Finanzmärkte, Basel, Vierteljahrsberichte; OECD und BIZ, Statistics on External Indebtedness, New Series, Halbjahresberichte; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik; Xinhua Nachrichtenagentur vom 11. u. 13.1.1991; Berechnungen des DIW.

Gegenden schwoh an. Während die Einnahmen der öffentlichen Haushalte zurückgingen, erhöhten die staatlichen Institutionen nach und nach den Kreditfonds um über 25 vH — dies ist der höchste Zuwachs in einem Jahr seit 1986 —, um staatliche Betriebe zu stützen. Die Kredite wurden aber in den seltensten Fällen für Investitionen verwendet, sondern dienten als Subvention bei Preisen und Löhnen. Damit wurde kein zusätzliches Angebot zur Beseitigung von Produktionsengpässen geschaffen, vielmehr ein künftiges Inflationspotential aufgebaut und der Spielraum für eine Expansion in den Folgejahren eingengt. Hiervon kann auch die Außenwirtschaft betroffen werden.

### Deutliche Verbesserung der Leistungsbilanz

Der Außenwirtschaft war im 7. Fünfjahrplan eine wichtige Rolle für den Technologietransfer, den Kapitalimport und die Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen zugewiesen worden. Der Außenhandel sollte im Gleichschritt mit der Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktion um jährlich 7 vH steigen. Im Unter-

schied zur vergangenen Planperiode sollten die Ausfuhr schneller wachsen als die Einfuhren, und so das hohe Handelsbilanzdefizit (1985: 15 Mrd. US-\$) mittelfristig abgebaut werden. Tatsächlich ist der Außenhandel insgesamt auf 116 Mrd. US-\$, d.h. mit jährlich 13 vH viel schneller als geplant und mehr als doppelt so rasch wie der Welthandel gestiegen. Die Ausfuhr expandierten mit 18 vH. Auf der Nachfrageseite wurde diese Expansion durch die günstige konjunkturelle Entwicklung einiger europäischer Abnehmer und den Boom im asiatisch-pazifischen Raum gestützt. Angebotsseitig wurde sie durch den systematischen Ausbau der Exportindustrien ermöglicht, auch durch den Import von westlichem Kapital und technischem Wissen. China hat außerdem seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch mehrere kleinere und größere Abwertungen gegenüber dem US-\$ bzw. dritten Währungen<sup>5</sup> verbessert.

<sup>5</sup> China folgt seit 1986 dem Regime des sogenannten „managed floating“ in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Wettbewerbsfähigkeit der wichtigsten Handelspartner. Im Dezember 1989 und Dezember 1990 hat China jedoch um 25 bzw. knapp 10 vH abgewertet. Vgl. IMF, Exchange Arrangements and Exchange Restrictions, Annual Report (1990), S. 97 ff.

Außenhandel der VR China nach Ländern und Ländergruppen

	1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	9 Monate	
									1989	1990
	in Mrd. US-\$									
Ausfuhr insgesamt	2,26	7,26	18,12	27,35	30,94	39,44	47,54	52,49	36,22	41,37
	Anteile in vH									
APEC <sup>1)</sup>	45,5	52,6	61,9	70,2	64,4	67,9	70,8	74,5	75,4	74,3
dar.: ASEAN <sup>2)</sup>	5,9	5,5	6,6	10,3	6,0	5,9	5,9	5,8	6,0	6,0
dar.: Singapur	4,5	3,3	2,3	7,6	3,9	3,4	3,1	3,2	3,2	3,1
Hongkong	25,6	22,7	24,0	26,3	31,6	34,9	38,4	41,8	42,4	43,9
dar.: Taiwan <sup>3)</sup>	—	.	.	0,3	0,7	0,8	1,0	1,1	1,0	0,9
Südkorea <sup>3)</sup>	—	.	0,4	2,2	2,0	2,2	2,9	2,9	2,9	3,4
Macao	1,1	1,0	1,4	0,9	1,0	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9
Ozeanien	1,6	1,2	1,5	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	0,8
dar.: Australien	1,4	1,0	1,2	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9	0,7
Neuseeland	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Japan	9,9	19,3	22,2	22,3	15,4	16,2	16,7	15,9	16,1	13,6
USA	.	1,8	5,4	8,5	8,5	7,7	7,1	8,4	8,2	8,4
Kanada	0,9	1,1	0,8	0,9	1,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,7
Europa <sup>4)</sup>	18,1	14,0	15,0	9,2	14,0	11,1	10,9	10,1	10,6	10,0
dar.: EG (12)	14,4	11,5	13,1	8,2	12,9	9,9	9,9	9,2	9,6	9,1
dar.: BRD	3,1	3,0	3,9	2,7	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	2,9
Sozialistische Länder <sup>5)</sup>	24,2	18,4	9,9	8,5	9,4	8,2	7,7	7,7	7,2	6,1
dar.: UdSSR	1,0	2,1	1,3	3,6	3,9	3,2	3,1	3,5	3,4	3,2
Nordkorea	2,7	3,9	2,1	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,6
Entwicklungsländer <sup>6)</sup>	12,2	15,0	13,2	12,1	12,2	12,8	10,6	7,7	6,8	9,6
	in Mrd. US-\$									
Einfuhr insgesamt	2,33	7,49	20,02	42,25	42,90	43,22	55,25	59,14	42,74	36,49
	Anteile in vH									
APEC <sup>1)</sup>	39,2	51,1	61,4	67,6	62,9	65,9	65,6	65,4	62,9	65,4
dar.: ASEAN <sup>2)</sup>	1,9	2,2	3,3	2,7	3,4	4,8	5,5	6,1	5,5	5,6
dar. Singapur	1,9	0,5	0,9	0,6	1,3	1,4	1,8	2,5	2,3	1,8
Hongkong	0,6	0,5	2,8	11,3	13,1	19,5	21,7	21,2	20,6	27,0
dar.: Taiwan <sup>3)</sup>	—	—	1,2	1,7	2,1	2,9	4,0	4,9	3,5	5,3
Südkorea <sup>3)</sup>	—	.	0,6	1,6	1,6	1,9	3,1	3,6	2,0	3,1
Macao	.	.	.	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
Ozeanien	5,8	5,7	6,2	3,1	3,8	3,6	2,8	3,0	3,0	2,8
dar.: Australien	5,6	5,4	5,3	2,7	3,3	3,1	2,0	2,5	2,2	2,5
Neuseeland	0,2	0,3	0,8	0,4	0,5	0,5	0,7	0,5	0,7	0,2
Japan	25,0	32,0	25,8	35,6	29,0	23,3	20,0	17,8	19,1	13,8
USA	—	4,6	19,1	12,0	11,0	11,2	12,0	15,1	12,6	12,6
Kanada	5,8	6,1	4,1	2,7	2,4	3,2	3,4	1,8	1,8	3,2
Europa <sup>4)</sup>	38,6	24,4	16,7	16,6	20,9	19,9	17,1	17,8	19,1	17,0
dar.: EG (12)	35,0	21,5	14,1	14,5	17,9	16,8	14,7	15,4	16,2	14,4
dar.: BRD	8,8	8,0	6,7	5,7	8,3	7,2	6,2	5,7	6,0	4,7
Sozialistische Länder <sup>5)</sup>	14,3	14,8	10,3	7,3	9,1	8,2	8,3	7,9	8,0	7,7
dar.: UdSSR	1,0	1,9	1,3	2,3	3,4	2,9	3,2	3,6	3,5	3,9
Nordkorea	2,3	2,6	1,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2
Entwicklungsländer <sup>6)</sup>	7,9	9,7	11,6	8,5	7,1	6,0	9,0	8,9	10,0	9,9

1) Asian Pacific Economic Community; hier regional abgegrenzt, vgl. Vortabelle. — 2) Assoziation of Southeast-Asian Nations, d.s. Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand. — 3) Werte unter Hongkong enthalten. — 4) Westeuropa einschließlich Türkei. — 5) RGW-Länder einschließlich Mongolei, Vietnam und Kuba sowie Albanien, Jugoslawien und übrige asiatische Volksdemokratien. — 6) Alle Länder Asiens westlich von Thailand, sowie Afrika, Mittel- und Südamerika.

Quellen: Zhongguo duiwai jingji maoyi nianjian 1984, Beijing 1984, S.IV-3 ff; China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong 1983 bis 1990; Hinweise aus der Presse; Berechnungen des DIW.

Aber entgegen den Planvorgaben stiegen die Importe zunächst schneller als die Exporte, von 1985 an verursachte dies erhebliche Defizite in der Leistungsbilanz, die zuvor noch deutliche Überschüsse aufgewiesen hatte. Da sich der Kapitalimport entsprechend erhöhte und gegen Ende des Jahrzehnts zudem die Zinsen haussierten, stieg — mit Verzögerung — auch der Schuldendienst; von 2,5 Mrd. US-\$ (1985) auf 6,4 Mrd. US-\$ 1990. Im Rahmen der Anpassungspolitik schränkte deshalb die chinesische Führung die Importe ein; 1990 ergab sich ein Rückgang um knapp 9 vH. Damit war es möglich, wieder einen Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschuß zu erzielen.

### Überreaktion auf außenwirtschaftliche Unwägbarkeiten

Chinesische Wirtschaftswissenschaftler, die in den Medien und der Fachpresse stärker zu Wort kommen, sehen die außenwirtschaftliche Situation der Volksrepublik — von der aktuellen Golfkrise<sup>6</sup> mit ihren potentiellen Wirkungen auf Ölpreise und Zinsniveau abgesehen — überschattet von

- dem Abflachen des wirtschaftlichen Wachstums in der Welt, insbesondere in der asiatisch-pazifischen Region,
- dem Protektionismus des Europäischen Binnenmarktes und
- dem Zusammenbruch des „sozialistischen Weltmarktes“.

China setzt rund 70 bis 75 vH seiner Warenlieferungen im asiatisch-pazifischen Raum ab und bezieht 60 bis 65 vH seiner Einfuhren von dort. Alle Veränderungen hier sind deshalb von erheblicher Bedeutung für die Volksrepublik. China hat sein Interesse an der Gesamtregion seit etwa drei Jahren intensiviert und durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen (Indonesien und Singapur) sowie den Ausbau des Handelsverkehrs vertieft. Letzteres gilt auch für Südkorea und Taiwan<sup>7</sup>. Die angestrebte Einbindung der Volksrepublik in die gegenwärtig diskutierten engeren regionalen Zusammenschlüsse<sup>8</sup> scheiterte bisher an der Lösung der „Drei-China-Frage“ (China, Taiwan und Hongkong).

Das gleiche Interesse gilt dem kommenden Europäischen Binnenmarkt. China hat im April 1978 ein allgemeines, nicht-präferentielles Handelsabkommen, 1979 ein Textilabkommen und im September 1984 ein Kooperationsabkommen abgeschlossen. China liefert rund 10 vH seiner Ausfuhren in die EG und bezieht von dort 15 bis 17 vH seiner Einfuhren. Die ökonomische Bedeutung der EG-Lieferungen ist wegen des hohen Gewichts moderner Technologie größer als die Anteilzahlen aussagen. Für chinesische Textilien ist die EG (neben den USA) der wichtigste Absatzmarkt. Speziell auf diesem Gebiet ist

China von mengenmäßigen Beschränkungen betroffen. Untersuchungen haben gezeigt, daß die Volksrepublik ihre Kontingente weitestgehend ausschöpft und viele seiner Exportprodukte von Handelshemmnissen betroffen sind<sup>9</sup>. Mit dem vorläufigen Scheitern der GATT-Verhandlungen sind auch chinesische Hoffnungen geschwunden, daß sich die Gemeinschaft künftig stärker für seine wichtigsten Exportprodukte öffnet.

### Die Veränderungen in Osteuropa

Im Unterschied zur EG hat China niemals engere formale Beziehungen mit der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebt<sup>10</sup>, gleichwohl die Wirtschaftsbeziehungen als „von großem gegenseitigen Nutzen“ gekennzeichnet und die Sicherung der langfristigen Wirtschaftsbeziehungen herausgestellt. Das RGW-Gewicht in seinem Warenverkehr hat allerdings ständig — von weit über 75 vH (für Einfuhr und Ausfuhr) 1955 auf etwa 8 vH im Jahre 1989 — abgenommen. In der gerade beendeten Planperiode sollten die Handelsumsätze bis 1990 verdoppelt werden. Verwirklicht wurde dies jedoch nur im Handel mit der UdSSR, der CSSR und (für die Abnahme chinesischer Erzeugnisse) der DDR. Der Grenzhandel mit der UdSSR hat seit Öffnung der Grenzen 1988 stark zugenommen und macht heute mehr als ein Fünftel der Handelsumsätze aus.

Mit Beginn des Jahres 1991 endete das System der Zahlungs- und Warenabkommen und des bilateralen Clearings, lediglich individuelle Lieferverträge einzelner Firmen behalten für eine Übergangszeit Gültigkeit. Grundsätzlich soll in konvertibler Währung gezahlt werden, doch sind zunächst noch Barter-Abkommen — z.B. bei Energie-Lieferungen — erlaubt. Der Handel wird künftig davon abhängen, in welchem Umfang beide Seiten über weltmarkt- und wettbewerbsfähige Waren und

<sup>6</sup> Vgl. den Bericht über das Symposium: Die Golfkrise und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. In: Shijie Jingji, Weltwirtschaft, Nr. 11/1990, S. 1 ff.

<sup>7</sup> Der Handel wird auch heute noch zum überwiegenden Teil über Hongkong als Mittler abgewickelt; der Warenverkehr wird ergänzt durch Dienstleistungsgeschäfte und Direktinvestitionen in rasch steigendem Umfang.

<sup>8</sup> Vgl. z.B. die Beiträge von Shi Min, Ma Chengsan und Chen Zhuang zur Situation der Asiatisch-Pazifischen Region in den neunziger Jahren. In: Shijie Jingji, Weltwirtschaft, Nr. 10/1990, S. 1-16. Die Volksrepublik ist allerdings Teilnehmer an dem lockeren Verband der Nordostasiatischen Wirtschaftszone, die auch die UdSSR, Korea und Japan umfaßt.

<sup>9</sup> Vgl. A Formal Estimation of the Effect of the MFA on Clothing Exports from LDCs, by Junichi Goto. World Bank Working Paper WPS 455, June 1990.

<sup>10</sup> Die RGW-Mitglieder dürften zunächst Furcht vor dem „Gewicht“ Chinas gehabt haben, später gab es auf chinesischer Seite Skepsis über die wirtschaftlich-technologische Kapazität des RGW.

Außenhandel der VR China mit dem RGW sowie ausgewählten Ländern Osteuropas und Asiens  
in Millionen US-\$

	1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	9 Monate	
									1989	1990
Ausfuhr										
Sowjetunion <sup>1)</sup>	23,2	151,3	228,3	995,7	1 199,8	1 247,1	1 476,0	1 849,2	1 235,3	1 333,9
Albanien	67,1	116,6	—	10,1	10,0	15,4	35,1	15,4	10,9	16,3
Bulgarien <sup>1)</sup>	0,9	8,9	34,6	19,1	25,1	66,0	42,8	60,8	23,7	27,7
CSSR <sup>1)</sup>	27,6	75,2	147,3	215,1	244,6	263,4	367,5	375,6	238,3	275,0
ehemalige DDR <sup>1)</sup>	43,6	105,6	169,2	113,4	223,0	254,3	309,7	331,4	240,6	157,3
Polen <sup>1)</sup>	25,9	45,2	141,5	256,2	441,9	402,7	371,3	382,8	255,9	63,3
Rumänien <sup>1)</sup>	82,4	169,7	513,0	275,4	260,6	384,0	357,4	304,8	195,6	135,0
Ungarn <sup>1)</sup>	12,1	34,8	49,7	79,4	153,3	193,0	135,7	84,1	69,2	19,0
Yugoslawien	1,1	11,1	46,4	7,8	30,3	45,5	36,7	28,4	16,9	27,2
Kampuchea	1,1	25,5	—	..	..	0,3	0,4	1,9	1,0	1,5
Laos	—	—	—	..	..	0,6	3,0	3,6	2,7	8,2
Mongolei <sup>1)</sup>	0,8	2,3	3,5	4,3	9,3	20,3	17,0	19,9	15,0	21,0
Nordkorea	60,9	284,1	374,2	231,5	233,4	277,1	345,4	377,4	276,4	239,1
Vietnam <sup>1)</sup>	128,8	226,1	—	..	..	..	0,2	2,4	0,4	3,3
Kuba <sup>1)</sup>	70,9	84,8	92,8	114,9	95,3	79,5	155,6	212,2	133,4	201,5
<b>Insgesamt</b>	<b>546,4</b>	<b>1 341,2</b>	<b>1 800,5</b>	<b>2 322,9</b>	<b>2 908,6</b>	<b>3 249,2</b>	<b>3 653,8</b>	<b>4 049,9</b>	<b>2 715,3</b>	<b>2 529,3</b>
davon RGW	216,5	677,8	1 379,9	2 073,3	2 634,9	2 910,3	3 233,2	3 623,0	2 407,4	2 237,0
Anteil RGW in vH	39,6	50,5	76,6	89,3	90,6	89,6	88,5	89,4	88,7	88,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH	6,8	4,5	2,5	37,9	25,2	11,7	12,5	10,8	—	—6,8
Einfuhr										
Sowjetunion <sup>1)</sup>	24,1	146,0	264,1	982,3	1 440,0	1 271,6	1 782,1	2 147,3	1 492,4	1 425,8
Albanien	22,3	51,0	—	11,3	18,5	19,2	21,9	24,3	17,6	13,1
Bulgarien <sup>1)</sup>	0,9	19,3	30,4	38,0	78,0	82,1	84,6	110,6	77,1	76,0
CSSR <sup>1)</sup>	29,7	74,8	131,4	240,1	297,8	316,9	471,4	521,5	402,6	237,1
ehemalige DDR <sup>1)</sup>	28,6	121,3	259,8	281,2	286,8	292,2	388,0	339,3	203,1	203,4
Polen <sup>1)</sup>	21,4	68,1	189,5	234,2	539,8	458,9	333,4	365,1	302,3	198,0
Rumänien <sup>1)</sup>	60,9	242,2	524,7	579,8	544,5	443,5	580,0	473,1	330,6	149,0
Ungarn <sup>1)</sup>	8,6	40,6	83,9	107,4	198,5	139,0	233,8	143,0	104,8	91,0
Yugoslawien	0,8	16,0	150,1	223,7	113,0	180,6	129,9	107,2	81,3	46,8
Kampuchea	—	4,2	—	0,6	..	..	0,2	1,0	1,0	0,2
Laos	—	—	—	9,6	9,8	10,7	17,8	12,7	8,7	3,4
Mongolei <sup>1)</sup>	2,6	2,6	4,2	2,0	3,8	4,6	8,0	8,7	5,6	7,6
Nordkorea	54,2	197,8	303,3	256,9	276,0	236,2	233,7	185,3	130,8	94,0
Vietnam <sup>1)</sup>	6,3	16,3	—	..	..	0,1	0,8	5,6	3,2	2,5
Kuba <sup>1)</sup>	69,9	110,6	127,3	102,9	83,7	77,2	292,9	229,0	175,2	249,9
<b>Insgesamt</b>	<b>330,3</b>	<b>1 110,8</b>	<b>2 068,7</b>	<b>3 070,0</b>	<b>3 890,2</b>	<b>3 532,8</b>	<b>4 578,5</b>	<b>4 673,7</b>	<b>3 336,3</b>	<b>2 797,8</b>
davon RGW	176,8	825,5	1 615,3	2 567,9	3 472,9	3 086,1	4 175,0	4 343,2	3 096,9	2 640,3
Anteil RGW in vH	53,5	74,3	78,1	83,6	89,3	87,4	91,2	92,9	92,8	94,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH	27,3	22,9	2,4	38,7	26,7	—9,1	29,6	2,1	—	—16,1

1) Mitglieder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; RGW, Kuba seit 1972 und Vietnam seit 1978. Die Mitgliedschaft Albanien ruht seit 1960. — = kein Wert vorhanden; .. = keine Angabe in der Quelle.

Quellen: China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong 1983/90, Tabelle 4; Zhongguo Duiwai Jingji Nianjian 1984, (Außenwirtschaftsjahrbuch Chinas 1984), Beijing 1984, S.IV-12 ff.

damit über Devisen verfügen. Der Wettbewerb verschärft sich. Die Loslösung vieler Betriebe aus der RGW-Integration bedeutet für sie Strukturveränderung und Chance zur Modernisierung, aber auch Umorientierung in der Außenwirtschaft. China hat in den vergangenen Jahren mit vielen Ländern in Osteuropa und der Dritten Welt Clearing- und Barter-Abkommen geschlossen, aber rund 80 vH seiner Ausfuhren und 85 vH seiner Einfuhren auf westlichen Wettbewerbsmärkten abgewickelt. Die Volksrepublik ist daher auf die Veränderungen besser vorbereitet als andere Staatshandelsländer.

Die Probleme bei den Reformbemühungen, die Auflösung ihrer Wirtschaftsgemeinschaft<sup>11</sup> und der erneute Anpassungsdruck durch die Golfkrise haben alle Länder des RGW in außenwirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Davon bleibt der China-Handel nicht unberührt. Die Ergebnisse für Januar bis September 1990 im Austausch mit den einzelnen RGW-Ländern lassen weder auf der Ausfuhr- noch auf der Einfuhrseite eine einheitliche Tendenz erkennen. Insgesamt ist der Handel mit dieser Ländergruppe zurückgegangen, die Einfuhr aber weit stärker als die Ausfuhr.

### Verschuldungslage

Die Schuldensituation der VR China wird in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers diskutiert. Während sie vielfach als bedrohlich empfunden wird, führt die Weltbank dieses Land nicht einmal in der Kategorie der „mäßig“ verschuldeten Länder<sup>12</sup>. Für Beunruhigung sorgten vor allem die schnelle Zunahme der Bruttoverschuldung auf gegenwärtig 45,4 Mrd. US-\$, das ist eine Verzehnfachung seit 1980, sowie der Anstieg des Schuldendienstes aus langfristigen Krediten der achtziger Jahre von 1 Mrd. (1980) auf über 6 Mrd. US-\$ bei weiterhin steigender Tendenz. Dennoch sieht es nicht so aus, als ob die Schuldenlast, bezogen auf den Export an Gütern und Diensten, demnächst problematisch wird. Die Schuldendienst/Exportquote liegt derzeit bei rund 10 vH, und die Schuldenstruktur ist mit einem Anteil von nur 14 vH kurzfristiger Verbindlichkeiten als günstig zu beurteilen. Auch unterhält China gegenwärtig im Interbanksystem Guthaben von 31,9 Mrd. US-\$, so daß die tatsächliche Netto-Zinsbelastung unter Devisenaspekten weit niedriger ist, als dies in den Vergleichstabellen über den Schuldendienst zum Ausdruck kommt.

Nach den vom IMF veröffentlichten Daten über die Zahlungsbilanz Chinas sind die Finanzierungsprobleme nicht gravierend. Im Jahr 1989 hatte China ein Defizit in der Warenbilanz von 6,6 Mrd. US-\$. Dem standen Nettoerlöse aus Dienstleistungen und Übertragungen von rund 1,3 Mrd. US-\$ sowie ein Nettozustrom von — überwiegend langfristigem — Kapital von 3,7 Mrd. US-\$ gegenüber, darunter private Direktinvestitionen von 2,6 Mrd. US-\$; die Währungsreserven wurden um rund 600 Mill. US-\$ vermindert.

Für 1990 sieht diese Rechnung günstiger aus. Im Warenhandel ergab sich, aufgrund des drastischen Einbruchs bei den Importen, ein Überschuß von 8 Mrd. US-\$ und in der Leistungsbilanz von gut 3 Mrd. US-\$. Auch erhöhte sich der Zufluß langfristigen Kapitals<sup>13</sup>. Ein Indiz für die verbesserte Situation ist die Aufstockung der Währungsreserven um 8,2 Mrd. US-\$ innerhalb von acht Monaten.

Nachdem die Regierungen der wichtigsten Handelspartner, auch die Europäische Gemeinschaft, einer schrittweisen Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Wiederaufnahme von Kapitalhilfe zugestimmt haben, sind die Aussichten sogar noch günstiger zu beurteilen. Nach größeren privaten Krediten aus den USA, Italien, Spanien und Japan werden künftig auch die Direktinvestitionen aus Japan stärker steigen, nachdem offene Fragen über ein bilaterales Investitionsschutzabkommen geklärt werden konnten. Der für den Sommer geplante Besuch von Premierminister Kaifu in China wird sicher den Auftakt für eine noch intensivere Kooperation bilden. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Korea wird vertieft werden.

### Ausblick

Es besteht für China kein außenwirtschaftlicher Zwang, zur Politik der „self-reliance“ zurückzukehren. Die Wirtschaftsführung sollte sich klar machen, daß sie mit ihrer Politik der scharfen Einfuhrdrosselung die Entwicklungschancen des Landes ohne Not beschneidet. Sie sollte daher ihren erklärten Willen, an der Öffnungspolitik festzuhalten, konsequenter umsetzen. Es wäre wohl verfrüht, den Wiederanstieg der Importe im 4. Quartal 1990 bereits in diesem Sinne zu deuten. Öffnungspolitik heißt auch, daß den Unternehmen wieder mehr Entscheidungsspielraum zugestanden wird. Die Unbestimmbarkeit der gegenwärtigen Politik ist eine Gefahrenquelle. Reformen und konservative Anhänger einer Zentralverwaltungswirtschaft ringen um die Macht. Daraus erklären sich die widersprüchlichen Stop and go-Maßnahmen. Ziele und Prioritäten für die neunziger Jahre zeichnen sich bisher nicht ab. Die Ankündigung, daß die gegenwärtige „Anpassungsphase“ eventuell bis Ende 1992 verlängert werden soll, weist darauf hin, daß die Richtungskämpfe andauern. Die gegenwärtige Doppelstrategie einer wohlwollenden Förderung des Außenwirtschaftsbereichs einerseits, einer stärkeren zentralen Verwaltung und Ideologisierung für die Binnenwirtschaft andererseits gefährdet das Wirtschaftswachstum und stellt den Anschluß Chinas an die dynamische Region in Asien in Frage.

<sup>11</sup> Offiziell Ende März 1991.

<sup>12</sup> World Bank, World Debt Tables 1990-91, Dezember 1990.

<sup>13</sup> China hat bis Ende 1989 Direktinvestitionen von knapp 34 Mrd. US-\$ genehmigt, hinzu kamen 4 Mrd. US-\$ in den ersten neun Monaten 1990; etwa die Hälfte der rund 26 000 Unternehmen hat bisher den Betrieb aufgenommen. Vgl. Beijing Rundschau vom 4.12.1990.

## Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 59. Jahrgang. Format DIN A 4.

**Heft 4/1989.** 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

*Dr. Dieter Hiss*  
*Dr. Peter Mitzscherling*  
*Dr. Bernhard Molitor*  
*Professor Dr. Frank Klanberg*  
*Professor Dr. Lutz Hoffmann*

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrbedarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.  
Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schломann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

**Heft 1/1990.** 116 S. DM 74,—

Gedenkfeier für Ulrich von Hassel am 6. November 1989 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Einführung von *Professor Dr. Lutz Hoffmann*.

Ulrich von Hassel — Ein Mann des Widerstands. Vortrag von *Professor Dr. Gregor Schöllgen*.

Staatliche Aufgaben im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel — Erfahrungen und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Unternehmensfinanzierung im Strukturwandel. Von *Heiner Flassbeck* und *Horst Tomann*.

Gesamtwirtschaftliche Effekte von Wechselkursänderungen — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära. Von *Doris Cornelsen*.

Die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung in der Sowjetunion. Von *Ulrich Weißenburger*.

Beschäftigungswirkungen der Entwicklungshilfe im Geberland: Eine vergleichende Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Von *Dieter Schumacher*, *Mohammed H. Malek* und *Ronald S. May*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

**Heft 2-3/1990.** 154 S. DM 89,60

Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen. Von der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“.

Die DDR-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels — Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. Von *Jürgen Schupp* und *Gert Wagner*.

Sektorale Effekte von Wechselkursänderungen — Eine Analyse anhand eines disaggregierten ökonomischen Modells. Von *Gustav A. Horn*.

Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Erika Schulz*.

Neue Technologien und regionale Beschäftigungsstrukturen. Von *Martin Gornig*.

Input-Output-Relationen für Nordrhein-Westfalen als Grundlage eines Strukturvergleichs mit der Bundesrepublik. Von *Rainer Stäglin* unter Mitarbeit von *Ingrid Ludwig* und *Joachim Schintke*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensänderungen.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Der Weltölmarkt im Zeichen des Golfkrieges.* Bearbeitet von Manfred Horn. —

*VR China: Ungewißheit über den künftigen Kurs überschattet auch die außenwirtschaftlichen Perspektiven.* Bearbeitet von Ernst Hagemann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu eine Beilage des DIW —

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1)</sup>

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) <sup>2)</sup>												
					Insgesamt		dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe				Verbrauchsgütergewerbe										
	in 1000				1985 = 100												
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1988	J	2246		175		105,6		107,4		104,0		107,7		106,3		104,5	
	F	2254	2257	174	176	104,3	104,8	106,0	107,0	102,4	102,8	107,5	107,6	104,5	104,8	103,8	104,7
	M	2273		178		104,5		107,5		102,0		107,7		103,7		105,9	
	A	2276		183		103,9		107,0		101,3		106,3		103,7		103,9	
	M	2274	2273	186	187	107,1	106,2	109,1	107,9	105,9	104,9	107,7	107,5	107,2	106,1	107,0	106,3
	J	2270		191		107,7		107,7		107,4		108,5		107,4		108,0	
	J	2257		195		108,8		106,2		110,4		108,2		109,5		107,6	
	A	2235	2236	198	196	109,4	109,4	110,0	108,7	109,0	109,9	109,8	109,2	108,5	109,3	110,9	109,5
	S	2216		195		110,0		109,8		110,3		109,6		110,0		110,1	
	O	2196		193		109,6		108,0		110,7		109,1		108,1		112,3	
	N	2158	2158	197	198	111,2	111,0	110,3	110,0	111,6	111,6	111,1	110,5	110,2	110,1	112,7	112,5
	D	2121		205		112,2		111,8		112,5		111,4		112,0		112,4	
1989	J	2089		212		112,0		109,4		113,1		112,6		111,7		112,5	
	F	2075	2074	221	219	114,3	114,9	111,3	111,4	116,5	117,0	112,6	113,8	113,8	114,6	115,4	115,4
	M	2058		225		118,3		113,5		121,5		116,2		118,2		118,4	
	A	2046		227		117,1		112,1		120,5		114,9		116,3		118,6	
	M	2068	2055	238	237	114,9	116,5	110,3	111,3	117,6	119,9	113,7	114,4	112,8	115,7	118,4	117,8
	J	2052		246		117,4		111,6		121,5		114,5		118,1		116,3	
	J	2032		251		115,9		111,2		118,9		113,9		115,0		117,3	
	A	2012	2015	261	264	114,3	116,0	109,6	110,7	116,5	119,0	115,4	115,4	113,2	115,1	116,3	117,5
	S	2000		281		117,8		111,3		121,6		116,9		117,2		118,9	
	O	1997		298		116,9		112,4		119,4		116,5		117,0		116,7	
	N	2017	1999	305	302	118,4	119,6	111,5	111,7	122,3	124,2	117,7	118,1	116,8	119,0	121,1	120,5
	D	1982		303		123,5		111,3		130,9		120,1		123,3		123,7	
1990	J	1945		303		118,2		111,9		122,3		116,5		118,5		117,9	
	F	1923	1920	306	306	118,6	118,4	111,3	111,9	122,0	122,0	120,1	118,4	118,3	118,0	119,3	119,2
	M	1893		311		118,5		112,4		121,6		118,6		117,3		120,4	
	A	1935		317		118,0		112,4		121,6		115,7		118,2		117,6	
	M	1936	1935	324	322	120,8	119,6	111,1	111,5	126,0	124,2	120,4	118,8	123,0	121,3	117,4	117,0
	J	1936		324		120,1		111,0		124,9		120,2		122,6		115,9	
	J	1918		326		121,6		111,3		126,5		123,1		124,5		116,9	
	A	1885	1884	322	320	124,0	124,2	113,0	114,3	129,3	129,0	125,5	125,2	130,4	128,6	113,7	116,8
	S	1851		313		126,9		118,5		131,2		127,0		131,0		119,9	
	O	1816		308		129,3		118,8		134,8		130,1		135,6		119,3	
	N	1757	1763	307	308	126,1		117,2		129,0		131,3		134,9		111,4	
	D	1714		308													

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1)</sup>

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion im produzierenden Gewerbe <sup>2)</sup>							Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) <sup>2)</sup>				
				Verarbei- tendes Gewerbe		dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe			Ausfuhr		Einfuhr		
						Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe									
		in 1000		1985 = 100							1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 <sup>3)</sup>				
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	7108		105,4		104,6		106,2		120,6		104,2		38,4		34,0	
	F	7105	7106	104,7	105,3	102,8	103,3	106,2	106,6	113,3	114,0	106,7	107,1	38,1	38,8	35,1	35,4
	M	7105		105,7		102,4		107,3		108,0		110,4		39,8		37,1	
	A	7103		104,0		104,1		104,8		106,1		102,6		39,5		35,1	
	M	7108	7106	106,4	105,9	103,9	104,4	108,5	107,5	108,9	107,1	107,7	105,7	41,1	40,8	37,5	36,2
	J	7109		107,3		105,3		109,2		106,2		106,8		41,8		35,9	
	J	7107		105,7		106,4		106,5		108,2		105,9		42,2		37,7	
	A	7116	7116	108,9	107,9	106,4	106,9	111,7	109,9	113,0	111,8	107,8	107,8	42,5	41,9	37,9	37,7
	S	7124		109,0		107,8		111,4		114,2		109,7		41,1		37,3	
	O	7126		108,3		108,9		110,2		113,8		105,6		43,7		39,4	
	N	7136	7135	108,7	108,6	107,6	108,1	110,6	110,6	112,3	114,6	109,0	108,3	42,9	43,4	37,8	38,8
	D	7142		108,7		107,7		111,0		117,7		110,2		43,8		39,2	
1989	J	7149		110,2		107,7		113,5		123,3		108,6		44,5		39,4	
	F	7169	7165	110,4	110,8	108,2	108,8	113,4	113,8	122,9	126,4	108,7	109,2	44,9	44,6	39,5	38,9
	M	7176		111,7		110,5		114,5		132,9		110,3		44,3		37,7	
	A	7175		112,5		107,8		116,8		110,3		106,6		44,4		39,5	
	M	7187	7188	108,9	111,3	106,2	107,1	111,7	115,1	106,0	109,0	109,0	108,9	43,5	44,5	38,6	39,5
	J	7201		112,4		107,2		116,9		110,8		111,2		45,7		40,3	
	J	7220		113,5		108,9		118,8		109,5		106,3		43,6		39,4	
	A	7237	7230	111,9	113,0	108,1	109,1	115,3	117,2	114,1	112,7	112,2	109,5	45,1	44,6	39,7	39,8
	S	7232		113,5		110,2		117,6		114,4		110,1		45,1		40,2	
	O	7255		114,4		110,1		118,5		120,5		109,6		44,4		40,7	
	N	7273	7273	114,7	115,3	109,9	110,9	119,5	119,7	123,2	122,1	112,8	110,9	45,6	44,8	42,0	41,5
	D	7292		116,8		112,7		121,2		122,5		110,2		44,4		41,7	
1990	J	7337		115,2		108,9		121,4		124,2		115,0		48,4		43,4	
	F	7358	7353	116,2	116,1	110,0	110,0	121,5	121,6	128,3	128,3	113,7	114,5	46,9	47,4	41,9	42,4
	M	7365		117,0		111,1		121,9		132,3		114,7		46,9		41,9	
	A	7376		115,1		110,2		119,0		119,0		115,7		45,7		44,5	
	M	7392	7389	118,4	117,1	108,7	109,8	124,0	121,7	120,8	117,2	119,2	116,6	45,3	44,3	41,9	43,1
	J	7399		117,8		110,4		122,2		111,7		114,9		41,9		42,9	
	J	7420		119,4		110,0		124,9		117,9		121,2		44,8		44,3	
	A	7436	7431	118,5	119,7	109,4	111,0	121,9	123,8	114,8	116,4	123,6	121,4	45,7	44,7	45,5	44,9
	S	7436		121,2		113,5		124,5		116,5		119,3		43,6		44,9	
	O	7463		122,4		112,4		125,8		127,1		122,5		46,6		45,6	
	N			122,4		113,5		125,5		127,4		124,0		46,0		50,5	
	D																

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — <sup>3)</sup> Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.